

prügelt. Li Xingwan forderte gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Schulen und Lehrer (GMRB, 28.12.88).

Tatsächlich häufen sich in letzter Zeit Meldungen über Angriffe gegen Lehrer und Schulen. Seit September 1987 soll es 948 solcher Fälle gegeben haben (XNA, 29.12.88) - ein Ausmaß, das an die Zeiten der Kulturrevolution erinnert. -cre-

*(15)

Erste Ausstellung von Aktgemälden in Beijing eröffnet

Am 22. Dezember 1988 wurde in der Nationalen Kunstgalerie in Beijing eine Ausstellung von Aktmalerei eröffnet. Ying Ruocheng, der stellvertretende Kulturminister, durchschnitt während der Eröffnungsfeier das Band zu den Ausstellungsräumen, enthielt sich aber eines Kommentars. Er forderte das Publikum auf, sich selbst ein Urteil zu bilden. Die 135 Ölgemälde wurden von 28 meist jüngeren Mitgliedern der Kunstakademie Beijing angefertigt (XNA, 23.12.88). Die Ausstellung stieß beim Publikum auf großes Interesse. Bis zu 11.000 Besucher wurden am Tag gezählt (SWB, 29.12.88).

Aktmalerei war zwar seit Gründung der Volksrepublik in den Lehrplänen der Kunstakademien enthalten (während der Kulturrevolution durften die Künstler allerdings nur nach bildlichen Vorlagen zeichnen), ausgestellt wurden solche Bilder jedoch nicht. Seit 1983 erst wurden vereinzelt Aktgemälde gezeigt. Daher ist diese Ausstellung eine kleine Sensation. Einige der Aktmodelle aber fühlten sich betrogen. Sie erklärten, man habe ihnen zugesichert, daß die Gemälde nicht in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Jetzt wollten sich ihre Ehemänner scheiden lassen. Die Organisatoren hingegen werteten die Ausstellung als künstlerischen (und finanziellen) Erfolg. Wu Xiaochang, einer der Professoren der Kunstakademie, erklärte sogar: "Dies ist eine neue Bewegung, die die Befreiung des Körpers und den Geist des Individualismus in China feiert" (AW, 13.1.89). -cre-

*(16)

Erneute Zusammenstöße zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten

Der schwelende Konflikt zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten hat in den letzten Jahren mehrfach zu Zwischenfällen geführt (vgl. C.a.,

1979/7, Ü 15; 1986/8, Ü 2; 1987/4, Ü 6). Am Ende des Jahres kam es in Nanjing erneut zu einem Zusammenstoß, der rasch eskalierte.

Am 24. Dezember 1988 kamen zwei afrikanische Studenten, begleitet von zwei jungen chinesischen Frauen, zu einem Tanzabend in die Hehai-Universität in Nanjing. Der Pförtner forderte die Chinesinnen auf, sich auszuweisen. Ihre Begleiter lehnten das ab und verschafften sich gewaltsam Eintritt. Daraufhin kam es zu einer Schlägerei, bei der elf chinesische Universitätsangehörige und zwei afrikanische Studenten verletzt wurden. Noch in der Nacht zogen rund 3.000 chinesische Studenten zum Ausländerwohnheim und warfen Steine und Flaschen (FR, 28.12.88).

An den folgenden Tagen gingen Tausende von chinesischen Studenten auf die Straße und forderten die Bestrafung ihrer afrikanischen Kommilitonen. 135 Afrikaner hatten sich in den Bahnhof geflüchtet und wurden nach 24 Stunden von der Polizei in ein Gästehaus außerhalb der Stadt gebracht, wo sie fünf Tage lang festgehalten wurden. Einige von ihnen sollen von der Polizei mißhandelt worden seien (FEER, 12.1.89).

Afrikanische Diplomaten, die auf die Nachricht von den Krawallen hin nach Nanjing geeilt waren, rieten den afrikanischen Studenten, das Land nicht zu verlassen, damit die chinesische Regierung nicht ihr Gesicht verliere. Die meisten Studenten fürchteten sich aber, in die Stadt zurückzukehren. Sie zogen es vor, auch nach Aufhebung der Zwangsmaßnahme im Gästehaus zu bleiben, und erklärten, sie wollten in ihre Heimatländer zurückkehren. Am 29. Dezember nahm die Regierung zu den Zusammenstößen in Nanjing Stellung: Es handle sich um einen isolierten Vorfall; China vertrete eine Politik der Gleichberechtigung aller Nationalitäten in China und unterstütze den afrikanischen Kampf gegen Rassendiskriminierung und Apartheid (AW, 13.1.89).

Inzwischen kamen die Spannungen zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten auch an den Universitäten anderer Städte - Hangzhou, Beijing und Wuhan - zum Ausbruch (FR, 4.1.89; FT, 5.1.89). Die chinesischen Behörden fürchten, wohl zu Recht, ein Ausbreiten der Unruhen. Zu gering ist die Bereitschaft der chinesischen wie

der afrikanischen Studenten, die Verhaltensweisen und kulturellen Eigenheiten der Gegenseite zu tolerieren. Und afrikanische Studenten hatten es immer schwer in China. Sie empfinden es geradezu als Strafe, in diesem Land einen Studienplatz zugewiesen zu bekommen, was angesichts der generellen Isolierung, unter der sie in weit höherem Maße als andere Ausländer zu leiden haben, verständlich ist. -cre-

Außenwirtschaft

*(17)

Tagungen der deutsch-chinesischen Arbeitsgruppen für Investitionen und Joint Ventures

Die Volksrepublik China ist stark daran interessiert, in Ost-China mit deutscher Unterstützung einen Industriepark zu errichten. Am Rande einer Sitzung der deutsch-chinesischen Arbeitsgruppe Investitionen hat eine Regierungskommission aus Beijing angeregt, daß sich die Bundesregierung an der Planung eines derartigen Vorhabens beteiligen solle.

Der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft will nun im Bundeswirtschaftsministerium und im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sondieren, welche Chancen einem solchen Projekt eingeräumt und welche Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden können. Das erklärte Heinrich Weiss, Vorsitzender des Arbeitskreises China im Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft.

Einzelheiten über die Ausgestaltung des Industrieparks und dessen Finanzierung sind noch nicht erörtert worden. Das soll auf der Tagung der deutsch-chinesischen gemischten Wirtschaftskommission im Herbst 1989 in Beijing geschehen. Als möglicher Standort wurde die Industriestadt Qingdao in der Provinz Shandong genannt. In Qingdao ist die "gelbe Insel" als Erschließungsareal für ausländische Industrieansiedlungen seit längerem im Gespräch.

Die Arbeitsgruppe Joint Ventures traf sich zwischen den in regelmäßigem Zyklus stattfindenden Sitzungen der gemischten Kommission bereits zum

zweiten Mal, um Hindernisse für deutsche Kapitalanlagen in der Volksrepublik unter die Lupe zu nehmen. Heinrich Weiss konstatierte Fortschritte und betonte: "Positiv ist, daß inzwischen mehr Erfahrungen mit Joint Ventures vorliegen. Die Unsicherheit, ein Joint Venture einzugehen, ist nicht mehr ganz so groß wie vor zwei Jahren."

Allerdings sei eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten: "Was z.Zt. dämpft, ist die allgemeine China-Müdigkeit der deutschen Industrie." Der beständige Rückgang der deutschen Exporte nach China in den letzten drei Jahren als Folge der chinesischen Sparpolitik habe den Enthusiasmus für den gesamten Markt gehörig gebremst.

Wie Weiss weiter ausführte, wird allgemein erwartet, daß die chinesischen Technologie-Importe wieder zunehmen. Schlüsselfertige Anlagen und Großprojekte stehen derzeit jedoch auf chinesischen Wunschlisten nicht obenan. China passe sich einem weltweiten Trend an, demzufolge die Modernisierung bestehender und die Anpassung neuerer Anlagen in das vorhandene Infrastrukturnetz favorisiert werde.

China besitzt nach Einschätzungen von Weiss immer noch eine hohe Standortattraktivität, obwohl zwischenzeitlich Schwierigkeiten aufgetreten sind. Die Sowjetunion könne trotz ihrer neuen Außenhandelspolitik noch nicht als Konkurrenz betrachtet werden. Mentalität, Gewerfleiß und die Reformenerfahrungen eines Jahrzehnts hätten den Chinesen einen stabilen Vorsprung verschafft. Bemühen müßten sie sich jedoch darum, ihr Kostenniveau im Vergleich zu den asiatischen Nachbarstaaten vorteilhaft zu gestalten.

Kritisch vermerkt werden im Verhältnis der deutsch-chinesischen Joint Ventures noch eine ganze Anzahl von Belastungen, die im Verlauf der zweitägigen Sitzung zur Sprache kamen. So klagten viele westliche Unternehmer nach wie vor über eingeschränkte Einflußmöglichkeiten bei der Personalauswahl sowie über die schleppende und wenig kostenstabile Versorgung mit Rohstoffen und Energie. Auch in der freien Gestaltung der Preise gebe es Grund zur Unzufriedenheit. Darin jedoch sieht Weiss noch eher ein "vorübergehendes Problem" als in der

sachgerechten Bewertung von Grundstücken und Anlagen im Verhältnis zum Know-how, das die westlichen Partner einbringen. Gravierender allerdings machen sich Untugenden bemerkbar, die mit der Dezentralisierungspolitik zusammenhängen. Wenn lokale Behörden Sondergebühren erheben, um ihren Finanzbedarf autonom zu decken und beispielsweise für das "Überfahren einer Wasserleitung" eine Zahlung von umgerechnet 50.000 DM verlangen, grenzte das an Wegelagerung und machte sämtliche Bemühungen der Zentralregierung um klare Grundsätze und Kostendämpfung zunichte. Hier sei in der Sitzung der Arbeitsgruppe auch das Wort "Erpressung" gefallen, erwähnte Weiss.

Im Prinzip sei der chinesischen Regierung bewußt, daß sich diese "Nadelstiche" nur negativ auf das Investitionsklima auswirken. Daher komme jetzt ein Prozeß in Gang, mit dem die Zentrale solche Auswüchse verbieten müsse, und "das läuft der Dezentralisierungspolitik entgegen". Aus westlicher Sicht, so Weiss, sei das sogar von Vorteil. Denn dort, wo lokale Behörden im Umgang mit ausländischen Partnern keine Erfahrung besitzen, sei es "ganz zweckmäßig, wenn die Zentrale einige Standards setzt". (HB, 12.12.88) -lou-

*(18)

Deutsch-chinesische Nuklear-Kooperation

Die Siemens-Tochter Interatom und die Kernforschungsanlage Jülich (KFA) haben einen Vertrag über eine Kooperation bei Hochtemperaturreaktoren (HTR) mit der Volksrepublik China geschlossen, in dessen Rahmen zunächst ein kleiner Testreaktor in Beijing gebaut werden soll. Parallel hierzu werde der gemeinsame Bau von HTR-Modulanlagen im Bereich von 30-MW-Leistung ins Auge gefaßt, teilten Interatom und KFA am 27.12.1988 in einer gemeinsamen Erklärung mit. Interatom wolle die Kooperation "zu gegebener Zeit" in die verabredete HTR-Zusammenarbeit zwischen ASEA Brown Boveri (ABB) und Siemens einbringen.

Kooperationspartner ist auf chinesischer Seite das Institut für nukleare Technologie (INET) der Universität Beijing. Der Testreaktor soll mit einer Wärmeleistung von 10 MW auf dem Gelände des Instituts durch INET und Interatom errichtet werden. Nach ei-

ner ersten Phase zur Stromerzeugung sei der Umbau des Reaktors zu einer Prozeßwärmanlage, etwa zur Demonstration von nuklearem Kohlevergasungsprozessen, vorgesehen. (NZZ, 29.12.88) -lou-

*(19)

Projekte für Investitionsstopp festgelegt

Die chinesische Regierung hat die Kriterien veröffentlicht, nach denen Investitionsprojekte mit einem Baustopp belegt werden können. Im Zusammenhang mit der geplanten Rektifizierung der Anlageninvestitionen sind unter Leitung des Ministerpräsidenten Li Peng eine dem Staatsrat unterstehende Führungsgruppe und korrespondierende Ausschüsse auf verschiedenen Ebenen der Zentral- und Regionalregierungen geschaffen worden.

Von seiten dieser Instanzen wurde bestätigt, daß fünf Kategorien von Investitionsprojekten mit zahlreichen Produktgruppen nach eingehender Prüfung, die Januar 1989 abgeschlossen sein soll, mit einem Baustopp belegt werden, falls die von der Führungsgruppe des Staatsrates aufgestellten Kriterien für sie zutreffen.

1. Projekte, die staatlicherseits weder geplant noch genehmigt und aus eigenem Ermessen der Lokalregierungen unternommen wurden. Betroffen sind Projekte der Fertigungsbranche Glaskolben für Farb- und Schwarzweißfernsehröhren, Videorekorder und -teile, programmgesteuerte Fernsprechvermittlungen, Pkws und Autobusse, Lkws und ausgebesserte Kfz, Motorräder, Autoteile, faseroptische Kommunikations-Installationen und -hilfsausrüstungen, Mikro-Computer, kleine integrierte Schaltkreise, einfache Halbleiter, Trioden, Haushaltskühl- und -gefrierschränke, farbiges Fluoreszenzpulver, magnetische Aufnahmegeräte, sauerstofffreie und -arme Kupferstangen, Kameras, einfache Hydraulikteile und Bier.

2. Vorhaben, deren inländische Rohstoffversorgung unzureichend, deren Betrieb in hohem Grade importabhängig ist und deren Erzeugnisse sich bereits einem Käufermarkt gegenüber sehen.

(a) Leicht- und Textilindustrie mit den Gewerbebranchen Tabak, Haut und Leder, gewöhnlicher Weißwein, Nahrungsmittel- und Ge-

tränkeden mit Aufreißverschluß, bedruckte Weißblechdosen, Schreibmaschinen, Vervielfältiger, Filme, Fotopapier, Waschmaschinen, Uhren, Fahrräder, elektrische Ventilatoren, Produkte aus Woll-, Baumwoll- und Seidengespinnsten, nicht-gewebte Stoffe, elektrische Orgeln und Pianos.

(b) Chemische, petro-chemische und pharmazeutische Industrie mit den Fertigungszweigen einfache Kautschukprodukte und -teile, Kautschukreifen mit schräg laufendem Gewebe, medizinische Präparate, Polyäthylen- und Polystyren-Anlagen mit weniger als 3.000 t Kapazität, kleine Ölraffinerien, chemische Universalreagenzien, einfache Kunststoffprodukte, PS-Platten und einfache Anstrichfarben.

(c) Baustoffindustrie einschließlich der Produktion von Granit, verarbeiteten Marmorzeugnissen, Kunststofftüren und -fenstern, Aluminiumtüren und -fenstern, Kunststofftapeten und -fliesen.

(d) Eisen-, Stahl- und NE-Metallindustrie. Hier sind betroffen kleine Stahlrollen, kleine geschweißte Stahlrohre bis 100 mm Durchmesser, Kupfer- und Aluminiumverarbeitung, Verhüttung von Wolfram, Zinn und Antimon, Scheidung von seltenen Erden und Rubidium sowie Bor in Zusammenhang mit Eisen, Stahl und NE-Metallen.

(e) Maschinenbau und Elektronik. Dem Baustopp unterliegen Projekte für Farb- und Schwarzweiß-Fernsehgeräte, Tongeräte, einfache spanabhebende Werkzeugmaschinen, große und mittlere Traktoren, Maschinen für die Kamera-Produktion, Fotokopiergeräte, Mittel- und Niederspannungsmotoren, einfache Transformatoren, einfache Drähte und Kabel, Industriekessel, einfache Wälzlager und Aufzüge mit einer Geschwindigkeit bis zu 1 m/sec.

3. Projekte mit niedriger Rentabilität und hohem umweltschädlichem Effekt.

(a) Energiewirtschaft, darunter Dieselgeneratoren, kleine Stromerzeugungsanlagen von 25.000 KW und staatlich nicht genehmigte kleine Kohlezechen.

(b) Eisen und Stahl, NE-Industrie. Gestoppt werden kleine Eisen- und Stahlwerke, veraltete Verko-

kungsanlagen, Erzeugung und Verhüttung von Elektrolyse-Aluminium und -Kupfer bei weniger als 50.000 t Kapazität, Verhüttung von Blei und Zink bei weniger als 20.000 t Kapazität pro Jahr sowie Kleinerzeugung von Rein-Silizium.

(c) Chemische Industrie mit Projekten für die Produktion von weniger als 5.000 t Farbstoffen, 5.000 t Anstrichfarbe und 1.000 t Zitronensäure jährlich, inkl. Kleinanlagen für die Erzeugung von Pestiziden.

(d) Transportwesen. Gesperrt wird der Bau von Flughäfen mit einer Kapazität bis zu 20.000 Passagieren pro Jahr, Bahnhöfen und Buszentralen, die nicht dem staatlich vorgeschriebenen Standard entsprechen, von staatlich nicht genehmigten Fernstraßen und Sonder-Bahnstrecken.

4. Energieintensive Projekte, deren Durchführung staatlichen Restriktionen unterliegt, z.B. Klimageräte, Elektroöfen, elektrische Reiskocher, Mikrowellenöfen, elektromagnetische Kochplatten, elektrische Bügeleisen, Staubsauger und Haushalts-Heizöfen.

5. Nichtproduktive und städtische Bauprojekte, z.B. Hotels, Gästehäuser, Erholungsheime, Bürogebäude, Kulturzentren, Einkaufs-Arkaden, Restaurantstraßen, Theater, Stadien, Gedenkhallen, Schwimmbäder, Gaswerke, erstklassige Wohnblocks, Altstadt-Sanierung, Bau neuer Altstadtviertel, Fernsehstationen unterhalb Provinzebene und Radiostationen unterhalb Kreisebene. (NfA, 20.12.88) -lou-

* (20)

Schulden wachsen schnell an

Wie die englischsprachige Tageszeitung *China Daily* in einer ihrer jüngsten Wirtschaftsanalysen darstellt, wird der chinesische Schuldenberg per Ende 1988 erstmals 35 Mrd. US\$ erreichen. Das entspricht einem 75%igem Wachstum gegenüber dem Stand von 1986, als die gesamte Auslandsschuld offiziell auf rd. 20 Mrd. US\$ veranschlagt worden war. Ein großer Teil dieses Anstiegs ist allerdings allein dem Höhenflug der japanischen Währung zuzuschreiben.

Laut einer inoffiziellen, nicht veröffentlichten japanischen Studie sind 58% aller kommerziellen Kredite, die

die Volksrepublik zwischen dem 1. Januar 1980 und dem 31. Dezember 1987 im Ausland aufgenommen hat, in Yen denominated. Die Studie kommt zu dem Schluß, China habe in diesen 8 Jahren insgesamt 24 Mrd. US\$ an Krediten aufgenommen; der Yen-Kurs-Anstieg habe diesen Schuldenberg aber per Ende 1987 auf 33 Mrd. US\$ wachsen lassen. Diese Entwicklung läßt die Volksrepublik China bald zum aktivsten Schuldner Asiens werden - um so mehr, als die meisten übrigen asiatischen Staaten ihr Kreditpotential schon in der Vergangenheit weitgehend ausgeschöpft haben.

Jüngste Berichte aus Beijing lassen erkennen, daß die Wirtschaftsplaner z.Zt. die Kreditbremse betätigen. Im Bemühen, die Volkswirtschaft abzukühlen, hatte die Volksbank bereits im September 1988 im inländischen Kreditgeschäft einen Plafond eingeführt. Dieser Tage traf die Volksbank nun ähnliche Maßnahmen im Bereich der Außenverpflichtungen, indem sie ab sofort die offizielle Zustimmung zu Kreditanträgen erschweren will. Auf diese Weise hofft man, daß die Mittelaufnahme im Ausland sich verlangsamen und das Wachstum des chinesischen Schuldenberges sich unter Kontrolle bringen lassen würde. Wie ein Mitarbeiter der Volksbank kürzlich erklärte, gibt nicht das derzeitige Ausmaß, sondern der jüngste Wachstumstrend der Außenschuld Anlaß zur Sorge. Experten rechnen allgemein damit, daß aufgrund der Struktur der chinesischen Außenverpflichtungen der Schuldendienst erst ab etwa 1992 eine spürbare Belastung für den Staatshaushalt werden wird.

Trotz intensiver offizieller Bemühungen, das genaue Ausmaß des Schuldenberges zu erfassen, zirkulieren in Beijing immer noch recht unterschiedliche offizielle Daten, die von unter 30 Mrd. US\$ hin zu den in *China Daily* genannten 35 Mrd. US\$ reichen. Dieser statistische Wirrwarr erklärt sich zum einen aus den ständig sich verändernden Wechselkursrelationen, zum anderen aus der Tatsache, daß im Rahmen der wirtschaftlichen Öffnung und Dezentralisierung eine Vielzahl von Organisationen und Staatsbetrieben die Bewilligung erhalten hat, Kapital im Ausland aufzunehmen.

Im Gegensatz zu den meisten übrigen Entwicklungsländern, in denen die Regierung im Ausland als der aktivste

Schuldner auftrat, verschuldete sich der chinesische Staat nur relativ selten und zudem fast ausschließlich zu "weichen" Konditionen bei anderen Nationen oder supranationalen Entwicklungsinstitutionen (etwa bei der Weltbank oder bei der Asiatischen Entwicklungsbank). Die meisten kommerziellen ausländischen Darlehen wurden von chinesischen Unternehmen, Provinzen oder Banken - nur in Ausnahmefällen mit einer staatlichen Garantie - im Ausland aufgenommen, was zu einer Vielfalt von Kreditgewährungen und zu einer äußerst breiten Streuung der Verschuldung führte.

Ein Mitarbeiter des Finanzministeriums in Beijing monierte in *China Daily*, diese unklare Situation verwirre nicht nur die ausländischen Gläubiger, sondern erschwere auch ein kompetentes Schuldenmanagement. Solche kritischen Worte sind aber noch recht selten. Viele Verantwortliche hüllen sich offiziell in Schweigen und geben höchstens im Gespräch unter vier Augen zu, daß die Volksrepublik bisher von dieser verworrenen Lage zu profitieren vermochte und bis heute erstklassige Kreditkonditionen eingeräumt erhält, da nur die wenigsten Gläubiger die wirkliche Höhe der chinesischen Verschuldung kennen. (NZZ, 24.12.88) -lou-

Binnenwirtschaft

*(21)

Sonderartikel über Wirtschaftsreform

In der *Volkszeitung* vom 8. Dezember 1988 erschien ein Sonderartikel über die Wirtschaftsreform, der von der Forschungsgruppe für mittelfristige Planung der Wirtschaftsreform unter dem Entwicklungs- und Forschungszentrum des Staatsrates verfaßt wurde. Es folgt eine Wiedergabe dieses Artikels:

Über das Ziel der wirtschaftlichen Umstrukturierung

Die Folgerung, daß die Preisreform beschleunigt werden müsse, ist logisch aus dem mittelfristigen Ziel der Errichtung eines neuen Systems hergeleitet, unter dem "der Staat den Markt reguliert und der Markt die Unternehmen leitet". Wenn dieses Ziel nicht realistisch ist, dann ist auch die Preis-

reform nicht dringend. Die wirtschaftliche Umstrukturierung sollte im wesentlichen durch koordinierte Reformen in den drei miteinander verknüpften Bereichen der Unternehmen, des Marktes und des Makrokontrollsystems durchgeführt werden. Die frühzeitige Schaffung eines Wettbewerbsmarktes und eines rationalen Preissystems wird der Schlüssel für den Erfolg der marktorientierten Reform sein. So kann daraus folgende Schlußfolgerung gezogen werden: Wir können nicht um die Preisreform herumkommen, wir können sie auch nicht verschieben.

Eine Meinung, die in theoretischen Kreisen vorherrscht, ist die folgende: Im Anfangsstadium des Sozialismus ist es wegen unterschiedlicher Beschränkungen unmöglich, das Ziel der Errichtung eines Wirtschaftssystems zu erreichen, in dem "der Staat den Markt reguliert und der Markt die Unternehmen leitet", und dies könne nur schrittweise erreicht werden. In dieser Periode müsse die Wirtschaft koordiniert und die Ressourcen hauptsächlich durch Planung verteilt werden, viel Hoffnung dürfe nicht auf den Markt gesetzt werden. Jene, die die obige Ansicht vertreten, behaupten, daß es im Anfangsstadium des Sozialismus Knappheiten in der Wirtschaft geben werde und daß das Funktionieren der Volkswirtschaft von der Planung und der Koordination in einem gewissen Ausmaße abhängt. Dies impliziere oder zeige klar, daß noch für eine lange Zeit keine übermäßig hohen Erwartungen darauf gesetzt werden sollten, daß die Reform einen Markt schaffe und die Preise rationalisiere.

Wir sind der Meinung, daß diejenigen, die der obigen Meinung sind, in absoluten Begriffen die Beziehungen zwischen dem Ausmaß des Marktwachstums und des Niveaus der Entwicklung der Produktivkräfte beschreiben. Wie dies allen bekannt ist, so deuten sogenannte Knappheiten darauf hin, daß das Gesamtangebot die Gesamtnachfrage zu einem gewissen Preisniveau nicht befriedigen kann und daß solche Knappheiten nicht absolut sind. Sogar im Anfangsstadium des Sozialismus können allgemeine Knappheiten beseitigt werden, vorausgesetzt es gibt ein Wirtschaftssystem, das die Nachfrage unter effektive Kontrolle bringt.

Was das System eines Wettbewerbsmarktes angeht, so wird es eine lange Zeit dauern, ein solches System zu perfektionieren. Gleichwohl ist es grund-

los anzunehmen, daß die Einführung eines solchen Systems eine zu lange Zeit in Anspruch nehme. Die alte Struktur ist grundlegend erschüttert worden und kann ihre Rolle bei der Verteilung der Ressourcen nicht voll spielen. Die Einrede, daß die neue Struktur nicht in kurzer Zeit errichtet werden könne, ist auch nicht voll bewiesen. Deswegen sollten wir unter diesen Umständen nicht das mittelfristige Ziel der Reformen schnell verändern. Seit der 3. Plenartagung des 11. Zentralkomitees der KPCh ist die Reform nach und nach in Gang gesetzt worden, um Verwirrung bei der Leitideologie, den Maßnahmen der Reformen sowie im praktischen Wirtschaftsleben zu vermeiden.

Über die Prioritäten der mittelfristigen Reform

Was sind die Prioritäten der Vertiefung der Reformen im Zuge des Aufbaus einer sozialistischen Warenwirtschaft? In Theorie und Praxis haben sich hinsichtlich dieses Problems drei Denkschulen herausgebildet:

Die erste sagt, daß die Reform des Unternehmenssystems oder die Reform des Eigentums zuerst kommen solle. Dieser Gedanke besagt, daß der Schlüssel für die Errichtung einer neuen Struktur darin liegt, eine Warenproduktion mit unabhängigem Management zu errichten, das volle Verantwortlichkeit für Gewinne und Verluste übernimmt. Nur wenn es solche Produzenten als die Hauptträger des Marktes gibt, können der Markt und die Preise Gestalt annehmen. Deswegen könne in der gegenwärtigen Situation die Preisreform nur in kleinen Schritten durchgeführt werden, die mit dem Vertragssystem und der Eigentumsreform kompatibel sein sollten und nicht über deren Fähigkeit hinausgehen sollten, Belastungen auszuhalten.

Dies ist seit dem Winter des Jahres 1986 die hauptsächlich vertretene Vorstellung. Wir glauben, daß die Genossen, die solche Vorstellungen vertreten, eine Tatsache übersehen: Eine Wirtschaft kann nicht lange auf zwei sich widersprechenden Mechanismen hinsichtlich der Wirtschaftsweise aufgebaut werden. Wenn dies getan wird, so sind die wirtschaftlichen Ergebnisse in der Verteilung der Ressourcen und der betrieblichen Arbeit gering, und die Wirtschaft, deren Ordnung zerstört werden könnte, könnte nach und nach in eine schwierige Situation geraten. Deshalb sollte dieser Weg nicht gewählt werden.